Stadt Dessau-Roßlau

21.09.2026

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 18.08.2026

Sitzungsbeginn:	**16:30 Uhr**
Sitzungsende:	**18:58 Uhr**
Sitzungsort:	**Ratssaal des Rathauses Dessau**
Teilnehmer/-innen:	**siehe Anwesenheitsliste**

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 18. August 2026, 16.30 Uhr mit 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern. Er stellt außerdem die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Da keine Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche vorgebracht werden, bittet **Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU**, um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 9. Juni 2026

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, fragt nach Ergänzungs- und / oder Änderungswünschen. Da dies nicht der Fall ist, bittet er um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 6 – 0 – 2

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, informiert, dass in der letzten Sitzung keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden.

Herr Diedering, Fraktion Alternative für Deutschland (AfD), erscheint 16.32 Uhr zur Sitzung. Somit sind 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, informiert, dass keine schriftlichen Anfragen von Bürgern vorliegen. Auf Nachfrage meldet sich ein anwesender **Bürger** und stellt folgende Fragen:

Frage 1:
„Was ganz konkret ist hier seit dem letzten Jahr unternommen worden, um diese Missstände abzustellen und warum wird es schlimmer statt besser?
Ich habe hier im letzten Jahr die katastrophalen Zustände in Königendorf reklamiert. Total vermüllt, Gefahr für Leib und Leben und katastrophale Umweltverschmutzung. Ich hatte darum gebeten, dass dieser Missstand mitten im Wald abgestellt wird. Ich wollte mit mehreren Leuten zum Cleanup Day dort selbst tätig werden. Dies wurde von der Stadt untersagt; es sei ein Privatgelände. Es ist nichts eingezäunt, nichts gesichert, einfach nur Wald. Sehr viel Müll und viele Gefahrenquellen. Bilder durfte ich nicht vorlegen aus Datenschutzgründen. Wie ich damals schon ausführte, wo Müll ist, kommt auch weiterer dazu. Wir haben dort jetzt zusätzlich zu dem ganzen Müll ein neues Altreifenlager mitten in der Natur. Ich weiß ja nicht, was noch passieren muss, dass hier mal irgendjemand handelt. Dort liegt auch jede Menge Glas und Glasbruch herum. Im Moment ist Waldbrandsaison. Es braucht nur mal eine Scherbe passend liegen für die Sonne, dann haben wir einen der schönsten Waldbrände. Genügend brennbares Material ist dort aus Kunststoff auch vorhanden.“

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, sagt hierzu, dass der Bürger vom zuständigen Fachamt in der Vergangenheit eine Antwort erhalten habe. Er wird den Vorgang aber nochmals mit in die Verwaltung nehmen.

Der **Bürger** bestätigt, dass er eine Antwort von der Stadt erhalten habe. Hier wurde ihm mitgeteilt, dass man Handlungsoptionen prüfe. Ihn interessiere jetzt, was konkret passiert ist. Denn mittlerweile sei ein Jahr vergangen und der Zustand habe sich verschlechtert.

Frage 2:
„*Wieso passiert nichts und wieso erreicht man niemanden?*
Ich hatte bei einer meiner Radfahrten Mitte Juni in der Umwelt größere Mengen Isoliermaterial von Kabeln gefunden. Für mich wirkte es so, als ob jemand die geklauten Kabel in Stücke geschnitten und die Isolierung in der Umwelt entsorgt hat. Um diese aus der Umwelt entsorgen zu lassen, habe ich bei den Umweltdetektiven angerufen. Innerhalb einer Woche habe ich mehrmals angerufen zu verschiedenen Zeiten auch mehrmals am Tag. Ich habe bei beiden mir bekannten Nummern angerufen. Es ging immer sofort die Mailbox ran über eine gesamte Woche. Ich wollte jemanden sprechen. Warum? Ich hatte im Juni auf die Mailbox gesprochen. Es ging um die illegale Entsorgung von Bauschutt ebenfalls in der Natur. Da passierte nach sechs Wochen gar nichts. Bis auf das der Schuttberg größer wurde. Statt einem Berg waren jetzt zwei da. Das dürfte erklären, warum ich mit jemandem

sprechen wollte. Ich war dann in meinem Urlaub direkt auf dem Ordnungsamt. Das war Mitte Juli. Auch danach ist nichts passiert. Der Berg liegt immer noch da oder besser die zwei Berge. Gestern war ich extra vor der Sitzung noch mal schauen. Wir haben jetzt einen weiteren Schuttberg aus Schamottsteinen, die schön verrußt sind. Wo etwas liegt, kommt noch etwas dazu. Das haben wir ja eben auch schon gehört. Und hätte auch gleichzeitig noch zusätzlich einen Sparvorschlag, da wir auf die Haushaltswochen zugehen. Da die Handys von den Mitarbeitern offensichtlich ja nicht genutzt werden, kann man diese dann auch einsparen. Ein teures Handy gespart, den Vertrag gespart und einfach ein Festnetztelefon mit einem Anrufbeantworter dürfte wohl ganz genau die gleiche Funktion erfüllen."

Der **Bürger** konkretisiert, dass sich der Müll am Weg bei Rothkegel in Richtung Bahnhof Alten befindet.

Herr Horváth sichert dem Bürger eine schriftliche Antwort zu.

Frage 3:
„Ist man hier auch bereit, schnell im Sinne der Mitarbeiter zu handeln?
Vor der Sommerpause haben Sie hier den Einbau von Klimageräten im Rathaus beschlossen. Dies war aus Arbeitsschutzgründen unumgänglich und wichtig. Der Sommer hat gezeigt, dass es noch mehr Orte gibt, wo die klimatischen Verhältnisse nicht mit den Vorgaben übereinstimmen, z. B. bei den Freiwilligen Feuerwehren, in Kindergärten oder im Klinikum. Es ist dann also auch zwingend nötig, hier tätig zu werden. Ich persönlich bin der Meinung, dass gerade für die Kameraden der Feuerwehr oder die Mitarbeiter im Gesundheitswesen doch genau die gleichen Maßstäbe in Bezug auf den Hitzeschutz gelten müssten. Sie tun einen Dienst an der Gemeinschaft und diesen sollten wir dann auch genauso anerkennen wie die Arbeit der Verwaltung. Ich hoffe, dass auch diese Mitarbeiter sich im Sommer 2027 über angenehmere Arbeitsbedingungen freuen können."

Herr Horváth antwortet darauf, dass die Verwaltung dies prüfe. Eine Betrachtung der Berufsfeuerwehr erfolgt derzeit. Eine Zusicherung, ob eine vollumfängliche Umsetzung bereits in 2027 erfolgen wird, kann er allerdings nicht geben.

6 Beschlussfassungen

6.1 Bebauungsplan Nr. 229 „Stadteingang Ost - Mühleninsel" Abwägungs- und Satzungsbeschluss Vorlage: BV/129/2026/I-61

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, fragt nach Einführungsbedarf.

Da dies gewünscht wird, führt **Frau Gelies, Amt für Wirtschaft und Stadtplanung**, in die Beschlussvorlage ein. Danach beantwortet sie die von den Stadträten gestellten Fragen vollumfänglich.

Abstimmungsergebnis: 9 – 0 – 0

6.2 Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 72 „Freiflächenphotovoltaikanlage Rodleben, Roßlauer Straße" Vorlage: BV/173/2026/I-61

Zunächst informiert **Frau Gelies, Amt für Wirtschaft und Stadtplanung**, über die Beschlussvorlage.

Danach entsteht eine rege Diskussion.

Dann stellt **Herr Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft (ABV)**, den Antrag auf Zurückstellung der Beschlussvorlage, bis der Ortschaftsrat angehört wurde.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, nimmt die Beschlussvorlage zurück mit der Maßgabe, dass der Ortschaftsrat diesbezüglich am 03.09.2026 angehört und die Vorlage danach erneut in den Gremienlauf gebracht wird.

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt.

6.3 Beschaffung eines Teleskopladers für das Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst Vorlage: BV/115/2026/V-37

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, bittet **Herrn Müller vom Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst** um Einführung in die Beschlussvorlage.

Danach entsteht eine rege Diskussion.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, bittet dann darum, die Beschlussvorlage zurückzustellen.

Herr Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft (ABV), verlässt 17.45 bis 17.47 Uhr die Sitzung.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, nimmt die Beschlussvorlage zurück.

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt.

6.4 Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges für die Berufsfeuerwehr Dessau-Roßlau Vorlage: BV/272/2025/V-37

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, fragt, ob es Einführungsbedarf gebe.

Es meldet sich **Herr George, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**, mit der Frage hinsichtlich der Förderfähigkeit des anzuschaffenden Fahrzeuges.

Darauf antwortet **Herr Müller, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst**, dass im Land Sachsen-Anhalt nur Fahrzeuge gefördert werden, die der DIN entsprechen, also keine zusätzlichen Ausstattungen haben. Das anzuschaffende Fahrzeug ist somit nicht förderfähig.

Danach entsteht eine rege Diskussion hinsichtlich der Kosten des Fahrzeuges.

Herr Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft (ABV), sagt wörtlich:
„Herr Müller, ich unterstütze Sie allumfänglich, zumindest was die Ersatzbeschaffung betrifft von einem in die Jahre gekommenen Fahrzeug. Ich bin ein bisschen kritisch, was die Kostenhöhe betrifft. Wenn ich mir angucke, dass wir hier LF`s für eine Freiwillige Feuerwehr im Bereich so um die 670.000,00 € beschaffen, sind das schon erhebliche Unterschiede. Dann erschließt sich für mich zum Teil nicht, warum wir jetzt noch den Türöffnungssatz, den wir ja schon irgendwo bei der Feuerwehr liegen haben, zusätzlich auf dieses Fahrzeug aufbringen müssen. Und wo ich Ihnen ein bisschen widersprechen möchte, man möge es mir verzeihen, wenn wir jetzt dieses Fahrzeug mit dieser CAFS-Anlage für die Ausbildung von freiwilligen Feuerwehrleuten zur Verfügung stellen, aber die freiwilligen Feuerwehrleute diese Ausbildung also diese Fahrzeugsachen überhaupt nicht ihrem Heimatstandort haben, also nämlich an dem Standort der Freiwilligen Feuerwehren, von denen sie zur Ausbildung kommen, dann sehe ich das ein bisschen kritisch. Dann versprechen wir den Leuten Technik, die sie nachher letztendlich gar nicht im Einsatzfall bedienen sollen. Für mich ist es einfach wichtig. Ich finde die Summen, die hier in der Zwischenzeit aufgerufen werden, irgendwann auch bedenklich sind. Und da geht es nicht darum, die Feuerwehr austrocknen zu lassen oder solche Ersatzbeschaffungen nicht möglich zu machen, sondern es geht hier einfach um eine sinnvolle Neubeschaffung. Und wenn ich dann höre 850.000,00 €, dann bin ich in der Zwischenzeit wirklich echt erschrocken, weil 640.000,00 € ist ein Unterschied, selbst wenn man die Anlage dazurechnen, die Sie ja hier auch preislich so ungefähr eingepreist haben, dann wären wir bei 700.000,00 €. Dann sind es immer noch 150.000,00 € weniger. Da sehe ich ein Problem. Ich werde dieser Vorlage zustimmen mit extremen Bauchschmerzen und dem Hinweis. Und ich bitte das auch, also meine Bedenken, was den Preis als solches betrifft, ins Protokoll mit aufzunehmen.“

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 1

6.5 Vorschlag zur Erhöhung der Anzahl der Papierkörbe in Meinsdorf Vorlage: BV/011/2026/OR Mein

Da kein Einführungsbedarf besteht, stellt **Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU**, die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 9 – 0 – 0

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, fragt, ob es das Programm KAT-Retter, welches bereits in Anhalt-Bitterfeld praktiziert wird, auch für Dessau-Roßlau vorgesehen ist.

Darauf antwortet **Herr Müller, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst**, dass dieses Programm aktuell nicht vorgesehen ist, da hier noch viele rechtliche Probleme und Bedenken gesehen werden.

Dann meldet sich **Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum**, zu Wort und fragt Folgendes:
Sie möchte wissen, ob man auf der Helmut-Kohl-Straße / Querung Tannenhegerbrücke eventuell eine Geschwindigkeitsanzeigetafel anbringen könne, da dort die festgelegte Geschwindigkeit von 50 km/h oft überschritten werde.

Herr Dähne, Sachgebietsleiter Untere Straßenverkehrsbehörde, antwortet hierauf, dass die Überwachung des fließenden Verkehrs der Polizei obliegt. Deshalb wird die Information an die Polizei weitergegeben. **Herr Dähne** führt weiter aus, dass es sich um eine Bundesstraße handelt und der Straßenbaulastträger hier die Landesstraßenbaubehörde ist. Das Problem wird der Behörde ebenfalls mitgeteilt, so **Herr Dähne**.

Frau Richter spricht dann den schlechten Gesundheitszustand der Straßenbäume in der Stadt an und möchte wissen, welche Maßnahmen hier ergriffen werden.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, sichert eine schriftliche Antwort zu.

Dann sagt **Frau Richter**, dass sie auf ihre Frage, ob die Informationen für die Bürger im SessionNet bereits 10 Tage früher freizuschalten wären, eine ablehnende Antwort erhalten habe, die für sie allerdings nicht schlüssig sei. Dort wird auf die Geschäftsordnung verwiesen, in der stehe: *„Bekanntmachung mindestens am dritten Tag vor der Sitzung“*. Aus ihrer Sicht könnte man diese doch auch 10 Tage vorher bekanntgeben. Sie versteht nicht, warum es deshalb einer Änderung der Geschäftsordnung bedürfe.

Frau Richter führt zur zweiten ablehnenden Aussage aus, dass man Probleme sehe, wenn man 10 Tage vorher einlade, sollten dann Zeit und Ort verlegt werden.

Deshalb seien 3 Tage optimal. Sie merkt dazu an, dass in jedem Amtsblatt die Termine der Ausschusssitzungen und der Orte bereits Wochen vorher amtlich bekanntgegeben werden. Sie bittet nochmals um Prüfung der Angelegenheit.

Herr Horváth sichert eine interne Prüfung und Antwort zu.

Herr Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft (ABV), fragt nach dem derzeitigen Stand bzgl. der Thematik der Anschaffung von Klimageräten für die Berufsfeuerwehr.

Herr Horváth informiert, dass nach interner Prüfung die Voraussetzungen geschaffen wurden mit der Zielsetzung, noch in diesem Jahr Klimageräte zu installieren.

Herr Weber möchte dann wissen, wie die zukünftig zusätzlich anfallenden Aufgaben, wie z. B. Antiterrorabwehr und Bevölkerungsschutz, von der Feuerwehr personell bewältigt werden sollen.

Hierauf antwortet **Herr Müller**, dass im Amt ein Sachgebiet Zivil- und Katastrophenschutz angegliedert ist. Hier werden auch die Belange der Freiwilligen Feuerwehren bearbeitet. Derzeit werde die personelle Aufstockung geprüft. **Herr Müller** schlägt vor, in einem der kommenden Ausschüsse über das Sachgebiet zu berichten.

Dann fragt **Herr Weber** nach dem Erfüllungsstand bei der Fahrzeugbeschaffung.

Herr Müller informiert, dass noch diverse Beschaffungen offen sind.

Herr Weber bittet darum, den Hitzeaktionsplan in einem der nächsten Ausschüsse mit zu behandeln. Er informiert vorab, dass diesbezüglich derzeit eine Fraktionsvorlage erarbeitet werde.

Des Weiteren fragt **Herr Weber** fragt nach, warum es bei der Feuerwehr unterschiedliche Einsatzbekleidung gibt.

Hierauf antwortet **Herr Müller**, dass dies mit der Beschaffung zusammenhänge.

Auf die Frage von **Herrn Weber**, ob es vielleicht möglich wäre, eine Ausschreibung für die Beschaffung der Einsatzbekleidung den Preis über mehrere Jahre für eine bestimmte Menge zu vereinbaren, antwortet **Herr Müller**, dass dies von den Herstellern nicht gewünscht sei und diese so etwas nicht anbieten.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, möchte den aktuellen Stand der Forsteinrichtungspläne wissen.

Herr Jähnichen, Leiter des Amtes für Umwelt- und Naturschutz, informiert, dass für die städtischen Wälder das Tiefbauamt zuständig ist.

Herr Max, sachkundiger Einwohner, fragt nach der Zeitschiene, wann der neue und umgestaltete Flächennutzungsplan der Stadt Dessau-Roßlau fertiggestellt sein wird.

Herr Horváth sichert eine schriftliche Antwort zu.

Herr Kellner schließt dann den öffentlichen Teil der Sitzung und lässt Nichtöffentlichkeit herstellen.

10 Schließung der Sitzung

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, schließt die Sitzung 18.58 Uhr.

Dessau-Roßlau, 21.09.26

Florian Kellner Vorsitzender Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt	Katrin Koischwitz Schriftführerin